

Der Kampf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union

(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrgang 6, Nr. 22

Erscheint wöchentlich

Preis 0,15 Goldmark

Die Berliner Verkehrsarbeiter-Bewegung

Die gescheiterten Lohnverhandlungen in den Groß-Berliner Verkehrsbetrieben haben unter den in Frage kommenden Arbeitergruppen eine allgemeine Streikstimmung ausgelöst. Ueber den Stand der Bewegung bei Drucklegung dieses Blattes unterrichten die folgenden Meldungen.

„Die am Dienstag, den 26. Mai, im Saalbau Friedrichshagen stattfindende äußerst stark besuchte Versammlung der Berliner Verkehrsbetriebe, Straßenbahn, Hochbahn und Omnibus, hat mit Entrüstung Kenntnis genommen von der völlig ablehnenden bzw. verschleppenden Handlungsweise der Betriebsleitungen gegenüber den erhobenen Lohnforderungen. — Die Versammelten erklären, diesem Verhalten nicht mehr länger untätig zusehen zu wollen; sie sind sich bewußt, daß auf Seiten der Unternehmer nur brutaler Macht- und rücksichtslose Ausbeutung Maßstab des Handelns ist, dem kann nur begegnet werden durch stärkste Machterhaltung auf Seiten der Arbeitnehmer. Sie geloben deshalb, durch regste Organisationsarbeit schnellstens etwa noch vorhandene Lücken in ihrer Kampffront zu schließen, um dadurch den Beweis zu erbringen, daß die Durchführung ihrer erhobenen Forderung von ihnen als eisernes Muß betrachtet wird.“

„Die Organisationsleitungen werden beauftragt, noch einmal in kürzester Frist mit den Arbeitgebern eine Verständigung zu versuchen. Scheitert dieser Versuch an dem weiteren unverständlichen Verhalten der Betriebsleitungen, so sehen sich die Arbeitnehmer gezwungen, auch vor dem letzten gewerkschaftlichen Mittel nicht zurückzuschrecken.“

Die am Dienstag vorgenommene Urabstimmung unter den Berliner Omnibus-Angestellten zeitigte folgendes Resultat: Von 1376 Angestellten haben sich 1291 an der Urabstimmung beteiligt. Von den übrigen Angestellten befindet sich ein Teil in Urlaub, ein anderer Teil ist erkrankt. Für Streik wurden 1064 Stimmen abgegeben, dagegen nur 139 Stimmen.

Am Mittwoch nachmittag sollen neue Verhandlungen mit der Hochbahn stattfinden. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag soll dann die Urabstimmung vorgenommen und in einer Vollversammlung am Donnerstag Abend die nötigen Maßnahmen beschlossen werden.

Der „Vorwärts“ vom Mittwoch Morgen meldet ferner: „Der Streikbeschuß der Omnibusangestellten und die

bevorstehende Abstimmung der Hochbahner, die zum gleichen Beschlusse führen wird, hat den Gewerberat Körner zur Einleitung unverbindlicher Besprechungen mit der Hochbahndirektion veranlaßt, denen heute solche mit der Omnibuss-Gesellschaft und den Vertretern des Personals folgen sollen, um eine Verständigung herbeizuführen. Da den Gesellschaften ein Einnahmeausfall während der Pfingstfeiertage als Mittel zum Zweck einer dauernden Preiserhöhung erscheint, ist nach ihrem ganzen bisherigen Verhalten mit wirklichem Entgegenkommen nicht zu rechnen.“

Die Bewegung der Groß-Berliner Verkehrsarbeiter ist somit, nachdem die Direktionen aller drei Verkehrsbetriebe die Forderungen des Personals abgelehnt haben, in das Stadium der Entscheidung über Streikverwendung oder nicht getreten. Ein günstiges Moment, was auch ohne Zweifel die Stellungnahme der Verkehrsarbeiter beeinflusst haben dürfte, ist offensichtlich das Druckmittel eines Ausstandes zu den bevorstehenden Pfingstfeiertagen. Doch nichts wäre verhängnisvoller, als wenn die Proletarier der Berliner Verkehrsbetriebe nur diese augenblicklichen Gesichtspunkte beachten würden. Die wirkliche Lage ist trotz alledem so, daß die Verkehrsunternehmen auch einen Einnahmeausfall zu Pfingsten als Mittel zum Zweck benutzen werden, wenn sie damit ihrem Ziele einer allgemeinen Fahrpreiserhöhung wesentlich näher kommen.

Wenn dennoch der Streikausbruch vermieden werden sollte, so liegt das ganz bestimmt nicht an größeren Zugeständnissen der Direktionen, sondern vielmehr an dem Verhalten der Gewerkschaften, die schon wieder Himmel und Hölle in Bewegung setzen, um nur ja eine Störung im kapitalistischen Wirtschaftsleben zu verhindern. Und die Verkehrsarbeiter bereiten ja überdies den zu erwartenden elenden Kuhlhandel selbst vor, indem sie die Gewerkschaften mit der Abwägung ihrer Bewegung beauftragt haben. Die Proletarier der Berliner Verkehrsbetriebe werden damit bereits schon in den nächsten Tagen am eigenen Leibe verspüren, daß es einfach unmöglich ist, mit gewerkschaftlichen Methoden einen Kampf über die Grenzen von Lohn- und Arbeitszeitforderungen hinauszutreiben zu einem revolutionären, die Tatsolidarität der übrigen Arbeiterschaft weckenden Vorstoß gegen das kapitalistische System.

dies zu erreichen, müssen voll und ganz die Unterschiede, die Traditionen, die geschichtlichen Begebenheiten und die politischen Eigenartigkeiten aller Länder berücksichtigt werden. Wie ist dies zu verwirklichen? Wie ist das gegebene Mißtrauen zwischen den einzelnen Teilen der zersplitterten Gewerkschaftsbewegung ohne persönliche Begegnung, ohne allseitige sachliche Prüfung dieser wichtigen Fragen zu überwinden? Die gegenseitige Bekanntschaft der Vertreter der Gewerkschaftsbewegungen Englands und der Sowjetunion zeitigte zweifellos sehr gute Ergebnisse. . . . Gleichwohl könnte eine Begegnung der Vertreter der Sowjetgewerkschaften mit denen der Amsterdamer Internationale . . . als ein Anfang zur realen Verwirklichung der Einheit der ganzen Gewerkschaftsbewegung dienen. Deshalb erachten wir es für richtig, wenn der Generalrat und die Exekutive der Amsterdamer . . . mit dem Allrussischen Zentralgewerkschaftsrat ohne Vorbedingungen eine Konferenz über die Frage der Gewerkschaftseinheit einberufen würden.“

Wie nicht anders zu erwarten war, stimmt die Antwort des Plenums des russischen Gewerkschaftsrates an den IGB, inhaltlich vollkommen überein mit den kürzlich veröffentlichten Erklärungen des britisch-russischen Einheitsvertrages. Hier wie dort kommt im wesentlichen die bekannte Grundauffassung über die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit deutlich zum Ausdruck. Wohl machen die Russen noch etliche Vorbehalte zur formalen Seite der Sache, wohl verlangen sie noch von ihrem Partner den gleichen Verzicht auf untergeordnete statistische Vorbedingungen, — aber das Entscheidende ist doch ihre wiederum beteuerte Bereitschaft, sich einer Internationale anzuschließen, die in Ziel und Richtung sich nicht von der jetzigen Amsterdamer unterscheidet. Angesichts solcher sachlichen Übereinstimmung kann es nur noch eine Frage der Zeit sein, daß die Amsterdamer Päpste endlich das Flehen der Moskauer Bäder erhören und in die erbetene unverbindliche „persönliche Begegnung“ einwilligen.

Die Krise des Regierungsbolschewismus

Weitere Entfesselung des Kapitalismus in Rußland.

Wenn es in unseren Tagen überhaupt noch notwendig ist, daß die große Lehrmeisterin Geschichte weitere Beweise ihres Triumphes erbringt, so hat sie diese Probe sicher vollauf bestanden in jener gesellschaftlichen Tragödie, die sich nun schon ein Jahrfort mit der Entwicklung Rußlands aus einem Hort der Weltrevolution zu einer Feste der Weltreaktion vor unseren Augen abspielt. Im „roten“ Rußland schreitet gegenwärtig die kapitalistische Konsolidierung rüstiger als je zuvor fort, und die Bausteine einer neuen industriell-agrarischen Wirtschaft auf privatkapitalistischer Grundlage fügen sich so systematisch aneinander, wie es eben nur aus den ehern Gesetzen gigantischer geschichtlicher Urkräfte zu erklären ist. Die Bolschewiki als politische Repräsentanten Rußlands mögen diesen Prozeß kapitalistischen Werdens noch so emsig in sozialistische Bahnen zu lenken versuchen; sie mögen noch so sehr bestrebt sein, mit ihren staatspolitischen Werkzeugen dem neuerstehenden Profitismus die Giftzähne auszubrechen, — sie stehen in ihrer Isolierung trotz aller etwaigen proletarisch-revolutionären Kräfteanspannungen (wir setzen nur den tatsächlich gänzlich vorhandenen günstigsten Fall) doch nur völlig machtlos da gegenüber dem Spiel der entfesselten ökonomischen Gewalten der russischen Gesellschaft, sie können als Regierungspartei das Wachstum der ihre feudalistische Hülle gesprengten kapitalistischen Keime der weiten russischen Erde nicht unterbinden, sondern faktisch nur eins: die auf dem Fundament des bürgerlich-bäuerlichen Privateigentums sich entwickelnden gesellschaftlichen Verhältnisse auch staatspolitisch zu sanktionieren, sich also mit beiden Füßen auf den Boden der geschaffenen Tatsachen zu stellen.

Seitdem die Bolschewiki infolge des revolutionären Versagens besonders der übrigen europäischen Proletarier und unter dem Zwang der gesellschaftlichen Struktur ihres Landes sich mit der Proklamierung der „Neuen ökonomischen Politik“ im Jahre 1921 offen zum Sprachrohr und Interessenvertreter der ökonomisch dominierenden privatkapitalistischen Bauernklasse Rußlands machten, befinden sie sich vor der Arbeiterklasse sichtbar in einem ständigen Widerspruch mit sich selbst. Sie haben sich seitdem zwei Aufgaben gestellt, die wie Feuer und Wasser unvereinbar miteinander sind, und von denen die Lösung der einen nur auf Kosten der anderen möglich ist. Als anerkannt führende Sektion und geistige Inspiratoren der Komintern predigen die russischen Kommunisten noch immer Sturz des Kapitalismus und Niederwerfung der imperialistischen Weltbourgeoisie durch die Weltrevolution, und Aufrichtung der proletarischen Rätediktatur als Voraussetzung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung. Zu gleicher Zeit aber sind die Bolschewisten als Regierungspartei unablässig bestrebt, machtpolitische Bündnisse mit imperialistischen Staaten abzuschließen, Kredite von dem dreimal verfluchten Kapitalismus zu erlangen und die Anerkennung Rußlands in der kapitalistischen Welt zu erreichen. Also auf der einen Seite erscheinen die Regierungsbolschewisten um der Erhaltung ihres revolutionären Kredits bei dem Weltproletariat willen in der Maske des revolutionären Klassenkämpfers und Todfeindes der bürgerlichen Gesellschaft, andererseits gebieten ihnen aber die Lebensinteressen des russischen Bauernstaates, die Einreihung des „roten“ Rußlands in das kapitalistische Weltwirtschaftsgefüge mit allen Mitteln zu forcieren. Hier kommunistisches Prinzip — hier „nep“ kapitalistisches Prinzip: dieser unüberbrückbare Gegensatz zwischen zwei einander feindlichen gesellschaftlichen Problemen zieht sich denn auch bekanntlich wie ein roter Faden durch die gesamte Politik der Moskauer Internationalen und gibt allen ihren Lösungen das charakteristische zweideutige Gepräge.

Das geschichtliche Dilemma, in welches die Bolschewiki durch ihr Bündnis mit den russischen Bauern geraten sind, stellt mit unerbittlicher Konsequenz seit Jahren schon die einstigen Pioniere der Weltrevolution immer erneut vor die Wahl, entweder im Interesse der Fortentwicklung der entbundenen neukapitalistischen Kräfte Rußlands Stück für Stück an den Abbau aller proletar-

Moskaus Antwort an Amsterdam

Sie bitten um eine formelle „persönliche Begegnung“.

Die Auswärtige Kommission des Allrussischen Zentralgewerkschaftsrates richtete am 19. Mai an die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ein Schreiben, in dem in Beantwortung der in der Amsterdamer Resolution niedergelegten Auffassungen über die Frage der Gewerkschaftseinheit unter anderem folgendes von den Russen festgesetzt wird:

„Wir wollten nur eine gemeinsame Konferenz der Vertreter der Sowjetgewerkschaften und der Amsterdams ohne Vorbedingungen erreichen. Eure Resolution lehnt unseren Vorschlag ab und bedingt, daß erst nach vorhergehender Erklärung über unseren Wunsch, uns Amsterdam anzuschließen, eine Begegnung stattfinden kann. Dies bedeutet den Anschluß an die Amsterdamer Internationale wie sie ist, d. h., auf Grund der Satzungen und Statuten derselben. . . . Wir erklären nochmals, daß wir für die einzige Internationale sind.“

Unser Ziel und das Ziel der Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter der Welt ist die Schaffung einer einzigen Internationale der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Länder, die auf dem Boden des Klassenkampfes, auf dem Boden der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des Kapitals stehen.

Im Vergleich zu diesem großen Ziel hat die Statutenfrage eine untergeordnete Bedeutung. Die Gewerkschaften der Sowjetunion sind bereit, sich einer vereinigten Gewerkschaftsinternationale anzuschließen, deren Statute in großen Zügen nicht von der Amsterdamer Internationale nicht viel unterscheiden. Die Aufzählung der Ziele dieser vereinigten Internationale könnte alle in den Statuten Amsterdams vorgesehenen Ziele enthalten. . . . Wir sind überzeugt, daß die einzige Gewerkschaftsinternationale nicht nur die Sowjetgewerkschaften, sondern alle gegenwärtigen, an Amsterdam nicht angeschlossenen Gewerkschaftsorganisationen erfassen sollte. . . .

Wirken

ingen

lder.

mein Paradies!“

je die 700 Notstand-

und Kanalbauten in

Amst. Cloppenburg, alles

werden. Nein, mehr

dort auch kein Geld

sch für einen Gliedstaat

testen fortgeschrittenen

assen wir einen Ab-

arbeiterversammlung

sich selbst sorgt.

entdeckten die Leute

Stellung dazu und

zu lassen, bis die Ba-

tratte die Herren

schäft die Belegschaft

zu verhandeln und

Sicherung zu unter-

tauschen. Es wurde

ordnet, den Arzt aus

den Anordnungen Folge

vertrauensmännerkörper

hnen, die Läuse wären

desinfektion stattfinden

en müßten im Kranken-

und die Leute entlast

Sagen die Arbeiter

Granger wurde er-

bruar gekommen wäre

morgens ließ die Bau-

tschäcke entleeren und

trohsäcke auf einen

rankenhaus befördern.

Lauseplage einsetzte

die während des We-

schäcke anektiert hatten

in Herren vom Arbeits-

sind! Auf den anderen

shand, oder sind in der

schäft. Wasser holen

an die Steckrübenzeit

in natürlich den Teufel

und diese Dinge mit

zur Sprache bringen.

weil dieser zur Be-

sch aufgelöst ist! In

nicht die Parteien nicht

gesetzt worden. Heute

in möchten, werden sie

der los, sondern sie

der Haus. Trotzdem

gegen die Auflösung

rie schreibt die Re-

der derselben demokr-

ent abgelehnt wurde

nen fertiggestellt. Und

senior der Sozial-

war einsetzte für

ie ab, werden die

stellen.

Wir blicken. Was den

hält, seinen „bewährten

wie anders auch

immert und scheint sich

riegszeit. Aber komm-

oletarisch-kommunisti-

ndungen dazu. Der

bsorganisationen. Ihre

ir kennen ja den Text

er mehr, und je mehr

als zutage tritt, desto

bsbesinnung kommt

ns und mit uns ge-

der Diktatur des rev-

en

randenburg.

mittags 10 Uhr. Im

konferenz der

1. Politische Lage: 2

Ortsgruppen und mö-

en sein.

ai 1925) beträgt der

glied.

Jepe, Berlin-Pankow

17. Langestr. 79